

Antrag

der Abgeordneten Kai Gehring, Volker Beck (Köln), Ingrid Hönlinger, Josef Philip Winkler, Memet Kilic, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Priska Hinz (Herborn), Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Lesben, Schwule und Transsexuelle müssen endlich als selbstverständlicher Teil unserer vielfältigen Gesellschaft vollständig anerkannt werden. In ihrem Alltag und Lebensumfeld – in Familie, Schule, Beruf und Freizeit sowie bei rechtlichen Regelungen – sind sie noch immer nicht angemessen akzeptiert und gleichgestellt. Nachwievor sind sie verschiedenen Formen von Diskriminierung, Homophobie und Transphobie ausgesetzt, die konsequent geächtet und endlich überwunden werden müssen.

Jeder und jede Jugendliche hat unabhängig von der sexuellen Identität ein Recht auf individuelle Förderung und bestmögliche Bedingungen zur Persönlichkeitsentwicklung. Gerade für die junge Generation von Lesben und Schwulen sind gleiche Teilhabe sowie die Sichtbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung vielfältiger Lebensformen unerlässlich. Schwule und lesbische Jugendliche sollen selbstbestimmt, angst- und diskriminierungsfrei leben können. Vieles hat sich zum Positiven entwickelt. Doch trotz gesellschaftlicher und gesetzlicher Fortschritte bestehen in Teilen der Gesellschaft weiterhin Vorurteile gegenüber gleichgeschlechtlichen Jugendlichen. Sie sind negativen Einstellungen ihrer Umwelt ausgesetzt, werden mit Unverständnis, Unwissenheit und Ablehnung konfrontiert. Berichte und Studien zeigen Ausgrenzung, Mobbing und subtile Herabwürdigung schwuler, lesbischer und transsexueller Jugendliche.

Notwendig sind aktive Unterstützung und Antidiskriminierungsarbeit. Für viele der schwulen, lesbischen, aber auch transsexuellen Jugendlichen ist der Weg zum Coming Out trotz gesellschaftlicher Liberalisierung mit großen Belastungen verbunden. Das Elternhaus ist hier oft ebenso überfordert wie die Schule oder Jugendeinrichtung. Zwar gibt es in vielen Großstädten schwul-lesbische Einrichtungen und Freizeitangebote oder sogar Jugendzentren. Vielerorts, besonders in ländlichen Räumen, fehlen Jugendlichen aber noch immer kompetente Anlaufstellen und Ansprechpartner, die sie bei ihrer Identitätssuche beraten und im Coming Out unterstützen können sowie in konkreten schweren Krisensituationen unverzüglich Hilfestellung geben können. Es ist alarmierend, dass Suizidversuche bei homosexuellen Jugendlichen siebenmal häufiger auftreten als bei heterosexuellen. Dagegen braucht es nachhaltige Präventionsstrategien: Herabwürdigungen und Mobbing müssen im Alltag bekämpft werden. Schulen und Jugendeinrichtungen müssen überall Orte ohne Homophobie werden. In den Lehrplänen der Schulen und Hochschulen müssen gleichgeschlechtliche Lebensweisen besser berücksichtigt werden. Dies gilt ebenso für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Jugendhilfe. Schwul-lesbische Beratungsstellen und -angebote sind unverzichtbare Maßnahme im Rahmen der Jugendhilfe, die aus-

geweitet werden müssen. Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte haben in ihrer Familie ein höheres Risiko, wegen ihres Andersseins abgelehnt zu werden – vor allem, wenn im Herkunftsland Homosexuelle kriminalisiert, verfolgt oder sogar ermordet werden. Für solche Familien sind zielgruppenspezifische Angebote vorzuhalten, um gleichgeschlechtliche Jugendliche zu schützen, gleiche Chancen zu sichern und Akzeptanz zu schaffen. In allen gesellschaftlichen Bereichen muss Akzeptanzförderung zum Selbstverständnis gehören, auch in den Sportvereinen- und verbänden.

Ein fundiertes Gesamtbild über die Lebenssituation homosexueller Jugendlicher gibt es bis heute nicht. Der Deutsche Bundestag hat dies im Jahr 2005 in einem Beschluss (Bundestagsdrucksache 15/5691) eingefordert, aber weder die Große Koalition noch die schwarz-gelbe Regierung sind dieser Verantwortung gerecht geworden. Obwohl fünf bis zehn Prozent der Jugendlichen lesbisch oder schwul sind, bleiben ihre Belange und Lebenslage vielfach unbeachtet oder ausgeblendet. In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Lesbische und schwule Jugendliche“ (Bundestagsdrucksache 17/2588) zeigen sich Ignoranz und Desinteresse diesen Jugendlichen und ihren Problemen gegenüber. Um die Situation homosexueller Jugendlicher zu verbessern und ihnen gleiche Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, braucht es endlich beherztes Handeln und breite Unterstützung statt Tabuisierung oder Desinteresse.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher dazu auf,

- den Bundestagsbeschluss von 2005 umzusetzen und eine breit angelegte bundesweite wissenschaftliche Studie zur Lebenssituation homosexueller Jugendlicher durchzuführen, die u.a. Formen und Orte der Diskriminierung, gesundheitliche Belastungen und die gesellschaftliche Verbreitung homosexuellenfeindlicher Einstellungen sowie Handlungsempfehlungen beinhaltet,
- ein umfassendes Paket an Präventionsstrategien zu entwickeln, um die dramatisch hohen Zahlen von Mobbing, Gewalt und Suizidversuchen homosexueller sowie transsexueller Jugendlicher zu senken und damit ihr Recht auf Gesundheit und Wohlergehen zu garantieren,
- eine umfassende Förderung der schwul-lesbischen Jugendarbeit und den systematischen Ausbau entsprechender Angebote im Kinder- und Jugendplan des Bundes zu verankern,
- gemeinsam mit den Ländern ein Maßnahmenpaket zur Stärkung lesbischer, schwuler und transsexueller Jugendlicher in Bildungs- und Jugendeinrichtungen auf den Weg zu bringen,
- bei den Ländern darauf hinzuwirken, Schulbücher und andere Schulmedien für die positive Darstellung von Vielfalt der Familien, Partnerschaften und Lebenswelten zu öffnen,
- gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie schwul-lesbischer Jugend- und Bürgerrechtsverbände zusätzliche zielgruppenspezifische Informationsmaterialien für Jugendliche und ihre Angehörigen zu initiieren,
- bei den Bundesländern dafür einzutreten, dass Lehrpläne in den Schulen um Themen wie die Vielfalt sexueller Identitäten und Lebensweisen, die Geschichte Homosexueller in Deutschland und Menschenrechtsbildung auch in Bezug auf Lesben und Schwule erweitert werden sowie Handreichungen mit pädagogisch-didaktischen Unterrichtsmaterialien nach dem Vorbild einzelner Bundesländer zu erstellen,
- gemeinsam mit den Ländern Aus- und Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe zu den Themen sexuelle Vielfalt (Diversity) und Identität, Coming Out und Prävention von Homo- und Transphobie zu initiieren und verstärkt das Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu behandeln,

- den Nationalen Integrationsplan um interkulturelle Angebote zu den Themen sexuelle Vielfalt sowie Homo- und Transphobie mitsamt Angeboten für homosexuelle Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte zu erweitern,
- Musik und Telemedien mit homosexuellenfeindlichen und damit verbundenen gewaltverherrlichenden Inhalten verstärkt zu ächten und zu indizieren sowie den verschiedenen Formen von Cyber-Mobbing (u.a. in sozialen Netzwerken) wirksam entgegenzuwirken,
- einen bundesweiten „Jugendwettbewerb gegen Homophobie und für Vielfalt“ nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen zu initiieren,
- eine bundesweite Informations- und Akzeptanzkampagne zur sexuellen Vielfalt durchzuführen und bei der Konzeptionierung und Durchführung gesellschaftliche Gruppen wie Jugend- und Sportverbände zu beteiligen,
- die Situation schwuler und lesbischer Jugendlicher regelmäßig in Berichten der Bundesregierung angemessen zu berücksichtigen.

Berlin, den 25. Januar 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion